

Ein Grüner New Deal für Europa



**Manifest für die Europäische
Wahlkampagne 2009**

Ein Grüner New Deal für Europa

Europa muss eine neue Richtung einschlagen. Mit der Finanz- und Kreditmarktkrise wurden uns die Schwachstellen der gegenwärtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien deutlich vor Augen geführt. Dabei kamen weit reichende Fehler im System zum Vorschein. Die Welt steht vor einer ernstzunehmenden und grundlegenden Ressourcenkrise, die sich auf alle Bereiche unseres Lebens von den Lebensmitteln, die wir essen, bis zu der Energie, die wir verbrauchen, auswirken wird. Darüber hinaus wird die Zeit, die uns bleibt, um eine schwerwiegende Klimakrise zu verhindern, immer knapper.

Wir sollten diese „Krisen“ als Chance betrachten, unser wirtschaftliches und gesellschaftliches System so zu verändern, dass wir künftigen Generationen eine Zukunft auf der Grundlage von Stabilität, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit garantieren können.

Europa steht vor grenzübergreifenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Problemen, die nicht vor nationalen Grenzen halt machen. Die Finanzkrise hat erneut verdeutlicht, dass wir diese Aufgaben nur auf dem Wege der – europäischen wie internationalen – Zusammenarbeit bewältigen können. Dies erfordert von der Europäischen Union ein starkes Engagement für die Zukunft aller ihrer Bürger und Einwohner. **Die Grünen wollen Lösungen für eine nachhaltige Zukunft entwickeln.**

Wenn wir uns diesen Aufgaben stellen, sind damit auch echte Chancen verbunden. Der Übergang zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft wird zu Beschäftigungswachstum führen und uns unabhängiger machen, weil sich dadurch unsere gefährliche Abhängigkeit von Energieimporten verringert. In einer Zeit, da Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen stark unter dem Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise leiden, bedarf es eines nachhaltigeren Umgangs mit unseren Agrar-, Meeres- und Energieressourcen.

Die Grünen wollen ein verantwortungsvolles Europa. Die Europäische Union muss die Sozialsysteme und Arbeitsbedingungen sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene vor dem Druck des harten und ungezügeltten Wettbewerbs schützen. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht über Menschen- und Bürgerrechte gestellt werden. Die Europäische Union muss auch auf ihre Bürger hören und Rechenschaft ablegen, wenn sie weltweit für Frieden, Demokratie und Menschenrechte eintritt.

Mit der in Europa vorherrschenden neoliberalen Ideologie hat sich ein System etabliert, in dem das Interesse einiger Weniger mehr Gewicht hat, als das allgemeine Wohlergehen der Bürger. Dabei werden die Profite umweltbelastender Industriezweige über Umweltschutz und die Gesundheit gestellt. Das Mantra von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum wurde benutzt, um Sozialstandards abzubauen und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die neoliberale Mehrheit im Europäischen Parlament, im Rat und in der Europäischen Kommission muss die Verantwortung dafür übernehmen, dass sie sich den Forderungen der Industrielobby gebeugt und kurzfristige Profite über das Allgemeininteresse gestellt hat. **Die Grünen bieten eine echte Alternative für Europa.**

Was bedeutet der Grüne New Deal? Ein Europa der Solidarität, das seinen Bürgern eine vernünftige Lebensqualität auf der Grundlage wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit garantieren kann; ein Europa der gelebten Demokratie, das für seine Bürger und nicht nur für die Einzelinteressen der Industrie einsteht; ein Europa, das sich für eine grüne Zukunft einsetzt.

Eine wirkliche Alternative für Europa: Sicherung unserer Zukunft in Energie- und Umweltfragen

Wir brauchen eine Ressourcenrevolution, um unseren bisherigen Kurs zu ändern, der von übermäßiger Ressourcenausbeutung und Umweltzerstörung geprägt ist. Wenn wir weiterhin Raubbau mit unseren begrenzten natürlichen Ressourcen betreiben, dann werden wir in 25 Jahren zwei Planeten benötigen, um unseren Lebensstil aufrechtzuerhalten. Nicht nur, dass dieser Kurs wirtschaftlich nicht nachhaltig ist, er stellt auch eine ernstzunehmende Bedrohung für unser Klima, unsere Ökosysteme und unsere Artenvielfalt dar.

Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Die Auswirkungen einer Energiekrise würden zusammen mit den Gefahren des Klimawandels die Folgen jeder Finanz- und Wirtschaftskrise in den Schatten stellen. Glücklicherweise müssen wir nach den meisten Lösungen nicht mehr suchen. Mit der gegenwärtigen Rezession bietet sich die Gelegenheit, unser System auf den Kopf zu stellen, sodass wir eine extreme Energie- und Klimakrise verhindern und eine gute Lebensqualität sichern können.

Wenn wir den gefährlichen Klimawandel verhindern wollen, müssen wir unsere Treibhausgasemissionen deutlich senken. Die Grünen fordern die EU auf, sich gemäß den aktuellen Empfehlungen des IPCC der Vereinten Nationen zu einer Verringerung der Emissionen um 40 % bis 2020 und um 80-95 % bis 2050 gegenüber dem Stand von 1990 zu verpflichten. Ferner muss Europa eine führende Rolle bei der Aushandlung eines verbindlichen internationalen Klimaabkommens auf der Grundlage der jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse im Rahmen der UNO übernehmen. Mit diesem Abkommen sollen die Industriestaaten auf die notwendigen Emissionsreduzierungen und die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Förderung von Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel verpflichtet werden; dazu gehört auch eine Verringerung der durch Entwaldung und Waldschädigung vor allem in Tropenwäldern verursachten Emissionen.

Vom Kampf gegen den Klimawandel profitieren alle. Durch die Kombination ehrgeiziger und verbindlicher Zielsetzungen mit Anreizen und öffentlichen Investitionen in grüne Technologien und Dienstleistungen werden Millionen grüner Arbeitsplätze in Europa und mehrere Dutzend

Millionen weltweit geschaffen, die in Zeiten der Rezession dringend benötigt werden. Die Europäische Union muss sich selbst das Ziel setzen, innerhalb der nächsten fünf Jahre fünf Millionen grüne Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir dürfen nicht weiter so verschwenderisch mit Energie umgehen, wie wir es bisher getan haben. Gleichzeitig müssen wir den Bereich der erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Dies trägt dazu bei, unsere gefährliche Abhängigkeit von Lieferungen umweltbelastender Energie aus instabilen Ländern sowie die damit für unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften verbundene nachteilige Volatilität zu verringern.

Wir müssen die bereits bestehenden Möglichkeiten des Energiesparens besser nutzen. Um in Zeiten steigender Energiepreise eine gute Lebensqualität aufrechtzuerhalten, wird es von entscheidender Bedeutung sein, Energie zu sparen und wirksamer zu nutzen. **Die Grünen fordern, dass Energieeffizienz in Europa einen deutlich höheren Stellenwert erhält,** indem verbindliche Zielwerte für eine Senkung des Energieverbrauchs um 20 % bis 2020 festgelegt und intelligente Heizungs- und Kühlanlagen in der Industrie ebenso wie in den Wohnungen gefördert werden.



Da im 21. Jahrhundert **erneuerbare Energieträger im Mittelpunkt der Europäischen Energiepolitik** stehen müssen, fordern die Grünen die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE), die sich für das langfristige Ziel einsetzt, 100 % der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Es bedarf einer gemeinsamen Investitionsdynamik für grüne Technologien, bei der die Europäische Investitionsbank eine wichtige Rolle übernehmen muss. Ein tatsächlicher Boom bei erneuerbaren Energien setzt ein neues Konzept in der Energieversorgung voraus: Dazu gehört eine vollständige verteilungs- und eigentumsrechtliche Trennung bei gleichzeitiger Förderung eines grenzüberschreitenden Netzes und einer intelligenteren Energienutzung.

Kernenergie kann nicht Teil der Lösung für den Klimawandel sein. Kostspielige Investitionen in diese rückwärtsgerichtete Technologie können keinen Beitrag zu den dringend erforderlichen Emissionsreduzierungen leisten. Zudem gehen dringend benötigte Mittel für die Förderung nachhaltiger Methoden der Energieerzeugung verloren. Bei Uran handelt es sich um einen begrenzten Brennstoff, für den die EU in hohem Maße von Einfuhren aus instabilen Ländern abhängig ist. Folglich kann die Kernenergie keinen Anteil an unserer langfristigen Energiesicherheit haben. Darüber hinaus sind die mit der Kernenergie verbundenen Risiken heute ebenso real wie sie es schon immer waren, sowohl was den Kraftwerksbetrieb als auch die Stromerzeugung oder die Endlagerung betrifft. Dazu kommt die Möglichkeit terroristischer Anschläge und die Tatsache, dass Kernwaffen in die Hände von fragwürdigen Regimes oder gar sich jeglicher Kontrolle entziehenden Gruppen gelangen können.



Für eine Revolution im Energieverbrauch und ein Ende unserer ungesunden Abhängigkeit von Erdöl benötigen wir zudem eine grüne Verkehrswende. Verkehr ist die am schnellsten wachsende Quelle für vom Menschen verursachte Treibhausgasemissionen. **Die EU muss sich aktiv um die Erarbeitung einer zukunftsfähigen Verkehrsstruktur bemühen.** Damit die Umweltkosten vollständig erfasst werden können, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die direkte und indirekte Subventionierung ineffizienter und umweltschädigender Verkehrsformen wie des Flug- und des Straßenverkehrs abgeschafft werden. Wir wollen Investitionsentscheidungen für den transeuropäischen Schienenverkehr beschleunigen. Der Güterverkehr muss in noch größerem Umfang von der Straße auf die Schiene und auf Binnenwasserstraßen verlagert werden. In unseren Städten müssen ein erschwinglicher öffentlicher Nahverkehr und nachhaltige Verkehrsoptionen wie beispielsweise Radfahren und Laufen gefördert werden.

Die gegenwärtige Ressourcenkrise geht weit über den Energiesektor hinaus. Es bedarf dringend einer nachhaltigeren Nutzung unserer Agrar- und Meeresressourcen, um unser Wohlergehen, die Gesundheit unserer Ökosysteme und ihre reichhaltige biologische Vielfalt zu gewährleisten.

Die Grünen treten dafür ein, dass Europa seinen Bürgern den **Zugang zu gesunden Lebensmitteln zu fairen Preisen** garantiert und nicht die begrenzte Auswahl, die ihnen die Lebensmittelindustrie anbieten will. Die Agrar-, Fischerei- und Nahrungsmittelpolitik in Europa sollte auf eine gegenseitige Verantwortung von Landwirten, Fischern, Behörden und Verbrauchern abzielen.

Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik wurde eine verantwortungslose Form der Landwirtschaft gefördert, bei der die Agrarindustrie ungeachtet der damit verbundenen Folgen für die Umwelt die Marktbedingungen diktiert und die Produktion lenkt, um in den Genuss von Subventionen zu gelangen. Die Grünen wollen die bevorstehende Überprüfung dazu nutzen, die EU-Agrarpolitik so zu ändern, dass Landwirte bei der nachhaltigen Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel unterstützt werden. Die Zukunft der Landwirtschaft liegt im Bereich des biologischen Landbaus und des fairen Handels.

Maßgeblich dazu beitragen soll ein Verbot gentechnisch veränderter Organismen (GVO). GV-Kulturpflanzen stellen ein ernstzunehmendes Risiko für die europäische Artenvielfalt dar und bergen das Risiko einer Kreuzkontamination für den ökologischen und konventionellen Landbau. Aus diesem Grund treten die Grünen dafür ein, **die Europäische Union in eine GVO-freie Zone zu verwandeln.**

Mit der Agrar- und Nahrungsmittelpolitik sollten lokale Märkte für Agrarprodukte gefördert und unnötige Transportwege vermieden werden. Sie sollte nachhaltigere Produktionsmethoden begünstigen, die auf eine Erhaltung der Artenvielfalt und der Wasserressourcen, eine Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und eine Verringerung des Einsatzes giftiger und umweltschädigender Pestizide und Düngemittel abzielen. Dieser Ansatz wird zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen aus der intensiven Landwirtschaft beitragen. Ferner werden auf diese Weise die Gefahren der industriellen Landwirtschaft für die öffentliche Gesundheit gemindert. Tiere verdienen in der Landwirtschaft und in allen anderen Bereichen eine Behandlung nach ethischen Grundsätzen.



Ein hohes Maß an Tierschutz steht im Mittelpunkt der politischen Agenda der Grünen. In Europa bedarf es weitaus höherer Schutzniveaus für Haus- wie Wildtiere. Wir werden uns weiterhin darum bemühen, Tiertransporte über lange Strecken zu verbieten, Tierschutzstandards in der Viehzucht zu erhöhen und die Umsetzung der bestehenden Tierschutzvorschriften zu verbessern. Es bedarf größerer Anstrengungen, um eine Senkung des Fleischkonsums aus Gründen des Klimawandels, der Ernährungssicherung und des Tierschutzes herbeizuführen. Dem Pelzhandel muss ein Ende gesetzt werden, und Tierversuche müssen nach und nach durch andere Methoden ersetzt werden.

Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) hat selbstzerstörerische Ausmaße angenommen und zahlreiche Fischbestände an den Rand der Erschöpfung gebracht. Das gegenwärtige Modell der Verschwendung und Überfischung muss dringend in ein Instrument überführt werden, mit dem die Fischer selbst die Verantwortung für eine nachhaltige Fischereiwirtschaft und den Erhalt der Fischbestände tragen. Ferner ist es Aufgabe der EU, weitaus verbindlichere Maßnahmen zum Schutz unserer gefährdeten Meere einzuführen und die ausbeuterischen Fischereiabkommen mit afrikanischen Ländern zu überprüfen.

Gesundheit bringt Wohlstand für Europa. Die EU-Bürger machen sich Gedanken über die Sicherheit der Luft, die sie atmen, das Wasser, das sie trinken und die Lebensmittel, die sie essen. Die Umweltverschmutzung schadet der Gesundheit, was wiederum zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belastungen führt. Die EU muss den Gefahren für die öffentliche Gesundheit mit mehr Nachdruck begegnen, ganz gleich ob es um Wasser- oder Luftverschmutzung, Lärm, toxische Stoffe oder die Verbreitung von Krankheiten geht. Sie muss den Verlust der biologischen Vielfalt in der EU und in den überseeischen Gebieten stoppen.

Soziale Gerechtigkeit und Globalisierung: Der Kampf für ein gerechteres Europa

Wir benötigen einen Systemwandel. Die Grünen wollen der sorglosen Deregulierung ein Ende setzen, die es Großkonzernen ermöglicht hat, eigene Regeln zu diktieren, ungeachtet der realen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Mit diesem Ansatz wurden riskante Spekulationen und ein Raubbau an den Ressourcen begünstigt, die uns in einen gefährlichen Zyklus des Auf- und Abschwungs eingeschlossen haben. Wir wollen diese Gelegenheit dafür nutzen, eine neue Wirtschaftsform zu entwickeln, die von **langfristigem Wohlstand und nicht von kurzfristigen Profiten** bestimmt wird. Wir fordern ein verantwortungsbewusstes und stabiles Europa, dessen Investitionen ethischen Grundsätzen genügen und das den Wohlstand über das Wohlergehen aller seiner Bürger definiert.

Die Finanzmärkte müssen besser kontrolliert werden, damit sie nicht mehr als Spielcasinos erhalten, in denen die Häuser und Existenzgrundlagen der Menschen wie Jetons auf den Tischen hin- und hergeschoben werden. Angesichts ihres grenzübergreifenden Charakters bedarf es eines koordinierten europäischen Vorgehens, das internationale Bemühungen begünstigt und ergänzt. Auf Ebene der Gemeinschaft benötigen wir einen „Wachhund“ mit scharfen Zähnen – eine Instanz, die auf den Finanzmärkten und im Bereich der Finanzdienstleistungen eine Kontroll- und Regulierungsfunktion übernimmt. Durch EU-Rechtsvorschriften müssen alle Formen der Steuerflucht ausgeschlossen und ein für die soziale Gerechtigkeit nachteiliger Wettbewerb im Bereich der Unternehmenssteuern verhindert werden. Eine Regulierung der Finanzmärkte erfordert zudem die Aushandlung eines internationalen Abkommens zum Verbot von Steueroasen.

Die Kreditvergabe muss an realistische Risikoabschätzungen gebunden werden. Die schlimmsten Exzesse auf den unkontrollierten Märkten müssen unterbunden werden, darunter gefährliche Leerverkäufe durch Händler wie beispielsweise Hedgefonds. Astronomische Gehälter und Boni im Finanzsektor, mit denen Risikofreudigkeit und Rücksichtslosigkeit belohnt werden, müssen gedeckelt werden. Die Grünen fordern seit langem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um der Finanzspekulation entgegenzuwirken und erhebliche Mittel für Investitionen in zahlreiche soziale und ökologische Maßnahmen

zu erschließen, die gegenwärtig außer Acht gelassen oder nicht ausreichend finanziert werden.

Es muss eine Neuordnung der Finanzmärkte geben, um die breite Öffentlichkeit zu schützen. Dies umfasst die Sicherung von Spareinlagen und erschwingliche Kredite. Während der Finanzkrise müssen den europäischen Unternehmen und insbesondere den Unternehmen, die zum Übergang zu einem nachhaltigeren Europa beitragen, kostengünstige Kredite zur Verfügung stehen.

Ein Grüner New Deal erfordert umfassende Investitionen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung in grüne, zukunftsgerichtete Technologien, damit Europa an der Spitze einer globalen Wirtschaftsrevolution steht.

Eine wahrhaft florierende, innovative, stabile und nachhaltige Wirtschaft erfordert eine gerechtere Gesellschaft, die faire Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und einen angemessenen Lebensstandard für alle gewährleisten kann. Europa muss für soziale Werte und Gerechtigkeit einstehen und sich zugleich an die Erfordernisse des Wandels anpassen. Es wäre kontraproduktiv, Kürzungen im Bereich des Umweltschutzes vorzunehmen oder Kompromisse mit Blick auf soziale Werte einzugehen.



Die Grünen setzen sich für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte ein. Die Europäische Union leidet unter ausgeprägten Ungleichgewichten. So gibt es zwar modernste Rechtsvorschriften für den Wettbewerb zwischen Unternehmen, doch die sozial- und arbeitsrechtlichen Vorschriften sind unterentwickelt. Schlupflöcher und Ungenauigkeiten haben dazu geführt, dass Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs tendenziell Unternehmensinteressen über Arbeitnehmerrechte stellen.

Europa muss mit gutem Beispiel vorangehen, indem es die Standards anhebt, anstatt sich an einer Nivellierung der Arbeitsnormen zu beteiligen.

Die Grünen wollen ein Europa, das Sozialdumping und Ausbeutung nicht zulässt. Es bedarf einer Stärkung der Sozial- und Arbeitnehmerrechte, und die Arbeitnehmer müssen im Zuge von Tarifverhandlungen umfassender an Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen.

Für Männer und Frauen sowie auch für entsandte, zugewanderte oder Leiharbeiter muss es gleiches Entgelt für gleiche Arbeit geben. Chancengleichheit ist für alle sowohl am Arbeitsplatz als auch außerhalb desselben und ungeachtet von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, einer möglichen Behinderung, der Religionszugehörigkeit oder der sexuellen Orientierung zu gewährleisten.

Die Gemeinschaft darf nicht weiter politische Strategien verfolgen, die eine Schwächung öffentlicher Dienstleistungen im Namen des Wettbewerbs zur Folge haben. Grundlegende öffentliche Dienste wie medizinische Versorgung und Bildungswesen sind für das Gemeinwohl von entscheidender Bedeutung und dürfen nicht Wettbewerbsvorschriften zum Opfer fallen. Zu sorgen haben wir für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Freiheit, Sozialleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu erbringen, und der Verpflichtung, einen gleichberechtigten, erschwinglichen und universellen Zugang zu diesen Dienstleistungen zu garantieren.

Niemand darf die Erniedrigung eines Lebens in Armut erfahren. Mit dem Grünen New Deal soll der Entwicklung entgegengesteuert werden, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Ferner soll ein angemessener Mindestlebensstandard für alle Europäer gesichert werden. Die Regierungen sollten gesetzliche oder tarifvertragliche Mindestlöhne und für alle Bedürftigen ein durch die Sozialversicherung gedecktes Mindesteinkommen oberhalb der Armutsgrenze einführen. Dabei sollte sich die Europäische Union vom Grundsatz des gleichen Entgelts bei gleicher Arbeit leiten lassen und nicht als Schauplatz für Lohndumping dienen.

Europa muss für Menschen aller Altersgruppen mehr Stabilität sicherstellen. Senioren müssen ein Mitspracherecht in der Gesellschaft haben, damit sie aktiv am wirtschaftlichen, sozialen und bürgerlichen Leben teilhaben können. Dazu gehört auch die Garantie angemessener Renten. Es bedarf gemeindenaher Dienste, um den individuellen Bedürfnissen schwacher und hilfsbedürftiger Menschen gerecht zu werden.

Junge Menschen müssen Zugang zu sicheren Arbeitsplätzen und einen besseren Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zum Wohnungsmarkt erhalten.

Europa muss auch einen Beitrag zum Aufbau gerechterer Gesellschaften und zur Armutsbekämpfung in anderen Teilen der Welt leisten. Wir müssen zusätzliche Anstrengungen zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele unternehmen. Der Grundsatz der globalen sozialen und ökologischen Gerechtigkeit muss sich durch alle politischen Konzepte der Gemeinschaft ziehen und ihre Position in internationalen Institutionen bestimmen. Die Grünen wollen sicherstellen, dass die europäischen Staaten endlich ihren langjährigen Zusagen gerecht werden und bis 2010 den Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit am BIP auf 0,56 % und bis 2015 auf 0,7 % erhöhen.

Beim Grünen New Deal steht der faire Handel an oberster Stelle. Der Handel muss allen Beteiligten Vorteile bringen. Europa setzt sein Gewicht in internationalen Verhandlungen viel zu häufig dafür ein, zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachteil der Armen eine Übereinkunft zugunsten der Reichen zu treffen. Die Ausfuhrsubventionen für EU-Agrarprodukte stellen weiterhin eine Gefahr für die Wirtschaft armer Länder dar und müssen unverzüglich eingestellt werden. Praktiken multinationaler Konzerne, die sozial ungerecht sind oder der Umwelt schaden, sollten außerhalb Europas ebenso angeprangert werden wie innerhalb der Union. Es bedarf daher in den Handelspartnerschaften verbindlicher Klauseln für die soziale und nachhaltige Entwicklung. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss dazu angehalten werden, ihre Freihandelsagenda in eine Agenda des fairen und nachhaltigen Handels umzuwandeln und dem Schutz von Allgemeingütern sowie der Armutsminderung oberste Priorität einzuräumen. **Europa muss auf seine Worte Taten folgen lassen.**

Demokratie und Menschenrechte: Eine verantwortungsvolle EU, die zuhört und sich Gehör verschafft

Europa muss zuhören und sollte für alle ein offenes Ohr haben. Die Grünen fordern eine Reform der EU mit dem Ziel einer partizipativen Demokratie, die diesen Namen verdient.

Dem Europäischen Parlament sollte als einzige direkt vom Volk gewählte Gemeinschaftsinstitution das Recht auf Gesetzesinitiative gewährt werden. Ein Teil der Europa-Abgeordneten sollte über europaweite transnationale Listen gewählt werden, damit die Bürger die Möglichkeit haben, für Kandidaten zu stimmen, die die gesamte Union und nicht nur ihre nationale oder lokale Wählerschaft vertreten. Es bedarf zusätzlicher Bemühungen, um junge Menschen beispielsweise durch eine Senkung des Wahlalters zur Beteiligung zu bewegen. Die Bürger sollten ferner im Rahmen europäischer Referenden zu Themen, die ganz Europa betreffen, die Gelegenheit erhalten, direkte Demokratie zu praktizieren.

Die Grünen werden alles dafür tun, die Charta der Grundrechte umzusetzen, alle Mitglieder der Gesellschaft einzubeziehen und die Rechte der Schwächsten und von Minderheiten zu verteidigen. Dies umfasst auch den Kampf für gleiche Rechte für Frauen, ethnische Minderheiten, darunter die Roma, Menschen mit Behinderungen, lesbische, homosexuelle, bisexuelle, transsexuelle Menschen und religiöse Minderheiten, sowie für soziale und Bürgerrechte. Ferner werden wir unseren Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und andere Formen der religiösen Intoleranz, gegen Sexismus und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität und gegen den gewalttätigen politischen Extremismus in der Europäischen Union fortsetzen. Menschenrechte müssen insbesondere in den Mitgliedstaaten der EU für alle gelten.

Das Grundrecht auf Gleichstellung von Männern und Frauen muss durchgesetzt werden.

Es gibt bereits über alle Mitgliedstaaten verstreute gute Rechtsvorschriften. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die besten nationalen Rechtsvorschriften zur Gleichstellung, zu Fragen des Schwangerschaftsabbruchs, zur häuslichen Gewalt, zu Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub oder zur politischen Repräsentation in der gesamten Union gelten. Lediglich ein Drittel der MdEP und der Mitglieder der Europäischen Kommission sind Frauen. Die Zahl der weiblichen und

männlichen MdEP der Grünen ist ausgewogen, und wir wünschen uns, dass die EU unserem Beispiel folgt.

Die Grünen fordern bedingungslose Transparenz für alle, die am Entscheidungsprozess in der Gemeinschaft beteiligt sind. Dazu gehört auch, dass entschlossen gegen Korruption auf allen Ebenen vorgegangen wird. Die EU muss gegenüber ihren Bürgern zu mehr Rechenschaft verpflichtet werden. Es ist an der Zeit, geschlossene Akten und verschlossene Türen zu öffnen. Die Grünen werden auch weiterhin auf die zwielfichtigen und mächtigen Lobbies aufmerksam machen, die sich in Brüssel um Einflussnahme bemühen. **Transparenz muss Pflicht, nicht Kür sein.**

Das organisierte Verbrechen hat sich zu einem transnationalen Phänomen entwickelt, das in vielen Mitgliedstaaten Handeln gebietet. Seine Profite verzeichnen einen exponentiellen Anstieg sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass die Verhinderung und Bekämpfung krimineller Organisationen unter Achtung der bürgerlichen Freiheiten in der EU oberste Priorität erhält.

Die Medien leisten einen entscheidenden Beitrag zum Demokratisierungsprozess. Die Grünen werden weiterhin den Medienpluralismus und die Presseunabhängigkeit und -freiheit innerhalb und außerhalb der Europäischen Union verfechten.

Der Grüne New Deal steht für europäische Werte und individuelle Freiheiten. Für alle Einwohner der Union sollten Meinungs- und Religionsfreiheit innerhalb einer säkularen Gesellschaft gelten.

Hart erkämpfte Rechte und Freiheiten dürfen nicht im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ und angeblicher Sicherheitsbedrohungen geopfert werden. Das gilt auch für das Internet. Die Grünen vertreten die Auffassung, dass digitale Rechte den Bürgerrechten gleichgestellt werden müssen. Regierungs- und Wirtschaftsinteressen dürfen keinen Vorrang vor der Privatsphäre der BürgerInnen haben. **Ihre Daten gehen nur Sie etwas an.**

Europa ist immer ein Kontinent der Migration und der Zuwanderung gewesen. Ein Grüner New Deal wird zu einer europäischen Einwanderungspolitik beitragen, mit der Menschen, die in der EU leben möchten, eine faire Chance erhalten. Die Belagerungsmentalität der „Festung Europa“ muss überwunden werden.

Einwanderung eröffnet neue Perspektiven und stellt keine Bedrohung dar. Wir benötigen positiv ausgerichtete politische Konzepte, damit Menschen auf legalem und kontrolliertem Wege zu uns kommen können. In der EU berufstätige Einwanderer müssen gleichberechtigt sein, gleiche Entlohnung sowie die Gelegenheit erhalten, die Unionsbürgerschaft anzunehmen und sich am politischen Leben zu beteiligen.

Menschen, die in Europa Asyl suchen, müssen besser behandelt werden. Die Grünen haben sich gegen repressive Rechtsvorschriften zur Rückführung illegaler Migranten ausgesprochen und werden ihren Kampf gegen unmenschliche und fremdenfeindliche Gesetze fortsetzen. Es ist Aufgabe Europas, bedürftigen Menschen Zuflucht und Schutz zu gewähren. Europa sollte eine Brücke sein, die es Menschen ermöglicht, legal hierher zu kommen und hier zu leben. Dazu wird es nur dann in der Lage sein, wenn sich alle Mitgliedstaaten an dieser Anstrengung beteiligen und die Grenzländer nicht mit dieser Belastung allein lassen. Eine unabdingbare Voraussetzung stellt die Änderung des Dubliner Übereinkommens dar, das auf eine Harmonisierung der EU-Asylpolitik abzielt und entsprechend den internationalen Verpflichtungen Schutz garantiert. Ferner muss Europa zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um gegen den abscheulichen Handel mit Männern, Frauen und Kindern über die EU-Grenzen vorzugehen.

Die Europäische Union muss auf internationaler Ebene mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehört eine neue Form der Außenpolitik. Sie muss ihre Energie darauf verwenden, gegen die tiefer liegenden Ursachen und nicht nur gegen die Ausdrucksform internationaler Spannungen vorzugehen. Sie sollte sich um eine Stärkung multilateraler Gremien und des Völkerrechts bemühen, zivile außenpolitische Instrumente in den Vordergrund rücken und bei außenpolitischen Maßnahmen, einschließlich der Handelspolitik, den Grundsatz der optimalen Fairness befolgen. Die europäische Politik muss sich weltweit fortwährend und konsequent zu Frieden, Demokratie und Menschenrechten bekennen. Die EU sollte ferner zusätzliche Energien und Mittel in die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft (insbesondere der UNO) investieren und sich Konflikten zuwenden, die lange Zeit keine Beachtung gefunden haben.

Internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen Vorrang haben. Die Gründung

eines Europäischen Friedenskorps, das für nichtmilitärische Interventionen zu humanitären Zwecken bereit steht, würde dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und Menschenrechte sowie eine pluralistische Zivilgesellschaft rund um den Globus fördert. **Menschenrechte dürfen nicht Wirtschaftsinteressen geopfert werden.**

Ein Grüner New Deal für ein neues Europa

Seit ihrem Einzug ins Europäische Parlament im Jahre 1984 setzen sich die Grünen für ihre Vorstellungen von einem nachhaltigen, sozialen und demokratischeren Europa ein. Wir haben die Notwendigkeit erkannt, den europäischen Problemen mit wahrhaft europäischen Lösungen zu begegnen und arbeiten somit enger zusammen als andere politische Familien im Europäischen Parlament. Dies hat dazu beigetragen, dass wir stark auftreten und Entscheidungen auf europäischer Ebene weitaus mehr beeinflussen können, als es uns zahlenmäßig normalerweise möglich wäre.

Wir sind überzeugt, dass wir einen Grünen New Deal brauchen, um die gegenwärtige Finanz-, Wirtschafts-, Ressourcen-, Energie- und Klimakrise zu überwinden. Der Grüne New Deal beinhaltet umfangreiche Investitionen in Bereichen, die zur Nachhaltigkeit beitragen, wobei Lebensqualität an erster Stelle stehen und die Schaffung von Millionen grüner Arbeitsplätze gewährleistet werden muss.

Zur Verwirklichung des Grünen New Deal müssen wir Bündnisse schmieden. Wir werden nach Bündnispartnern in der Zivilgesellschaft, in den Parlamenten und in den Regierungen Ausschau halten, die sich darum bemühen, dass Europa einen Kurswechsel vollzieht. Um jedoch sicherzugehen, dass Europa wieder auf den richtigen Weg gelangt, müssen wir tätig werden, andere überzeugen und benötigen Wählerstimmen. Auch Sie können beeinflussen, was in Europa geschieht!

Entscheiden Sie sich für den Grünen New Deal. Denken Sie weiter – Wählen Sie grün!